

Hayoz: «Völlig neue Ausgangslage»

Tauwetter zwei Tage vor Berns brenzligem Samstag: Anti-WEF-Tanzparade ist so gut wie bewilligt – Polizeidirektorin ist des Lobes voll

Also doch noch eine bewilligte Demonstration mit Umzug in Bern: Die Tanzparade «Dance out WEF» – letzte Woche vom Gemeinderat verboten – steht kurz vor der Legalisierung. Der Protest erhält ein Ventil – und Berns Gemeinderat atmet auf.

RUDOLF GAFNER

«Es ist eine völlig neue Ausgangslage», sagte Polizeidirektorin Barbara Hayoz (fdp) gestern Nachmittag im Gespräch mit dem «Bund». Und sie versichtlich gestimmt äusser- te sich auch das Polizeikommando, nachdem sich Stadtpolizei und Tanzparade-Veranstalter am Mittwoch in «intensivem Gespräch» entscheidend angenähert hatten. Es sei, so die Stapo in einer Mitteilung, «klar zum Ausdruck gebracht worden, dass die Parade aus einer ausschliesslich pazifistischen Grundhaltung heraus erfolgt» – und die Organisatoren seien nicht bloss gewillt, sondern «aufgrund eines umfassenden Sicherheitskonzepts auch in der Lage, militante Aktivitäten zu unterbinden und entsprechende Personen auszugewöhnen». Man sei nun auf gutem Weg, eine gangbare Lösung zu finden.

Hayoz: «Bern keine Polizeistadt»
Weil die Stadtregierung nur eine Platzkundgebung und keinen Protestmarsch habe erlauben wollen, wurde letzte Woche nicht nur der nationalen Anti-WEF-Demonstra-

tion die eingereichte Bewilligung verweigert, sondern die Tanzparade habe damals indes auch noch kein Bewilligungsersuchen vorgelegt. Letzteres wurde inzwischen nachgeholt, und die Veranstalter, nunmehr politisch unterstützt von Berns Jungsozialist(innen), setzten alle Hebel in Bewegung, bedrängten Polizei, Hayoz und auch Stadtpäsident Alex Tschäppät (sp) telefonisch – und drangen schliesslich durch. «Das zeigt», so Hayoz, «dass Bern also doch keine Polizeistadt ist, in der die freie Meinungsäusserung unterbunden wird.» Es sei vielmehr die Sicherheitsfrage, die sich nun gänzlich anders stelle.

«Sehr extrem gegen Militanz»
Letzte Woche habe die Stadtregierung davon ausgehen müssen, dass die Parade vom Bärengraben aus als «Vordemo» durch die Untere Altstadt zur Besammlung am Weisenhausplatz hätte führen sollen, so Hayoz. Jetzt jedoch sei klar, dass die Tanzparade-Macher selber «eine Parade ausserhalb der Innenstadt» anstreben. Ferner sei die Parade von anderem Charakter als die geplante Demonstration – mit ungleich «höherem und glaubwürdigerem Engagement» der Veranstalter für Sicherheit, der Bereitschaft zu «ganz intensiver Zusammenarbeit mit der Polizei». So hätten die Organisatoren erklärt, beim geringsten Anzeichen eines Missbrauchs ihrer Strassenparty durch Militante würden sie die Parade sofort abbrechen wollen, so Hayoz.

Die Tanzparade-Organisatoren bestätigen Hayoz Darstellung. Ein «Parade-Friedenskonzept» (PaF) solle für Sicherheit sorgen, zudem wolle man aktiv dafür sorgen, dass keine Vermutungen demonstrieren. «Alle wollen, dass es friedlich bleibt», so Parade-Mitorganisatorin Stephanie Spiess, «und das nur schon deshalb, weil bei uns auch Leute mitmachen, die sonst nie an Demos teilnehmen, gerade weil sie sehr extrem gegen Militanz sind.»

Für «Peace» und gegen das WEF
Die Gruppe der Parade-Macher, rund 50 Jugendliche, steht zwar in loser Verbindung zum Anti-WEF-Demobündnis, ist im Unterschied zu Letzterem indes nicht von autonomen und linksradikalen Politikaktivisten geprägt – sondern von eher

wenig politisch aktiven Szenegängern: Goa-Trance-Fans, Techno-Freaks und Partyvögel, Neopuppies, Hip-Hopper, Rapper und andere, keinige Ex-Militante sind auch dabei, so Spiess. Auf fünf Wagen, sogenannten Soundmobiles, sollen die hundert Performer und DJs, Bands und Tänzer für Stimmung sorgen, samt Strassentheater und Verkleideris – eine «farbige Demo» im Sinne einer Strassenparty à la Reclaim the Streets. Einigende Botschaft: Alle sind «anti-WEF» – gegenwärtig jedenfalls. Und natürlich gegen Krieg, sowieso. «Peace.»

Dass «diese Jungen vielleicht ein bisschen naiv sein könnten», habe sie «ehrlich gesagt zuerst auch gedacht», sagte Hayoz. «Doch dem ist ganz und gar nicht so, die haben sehr konkrete Vorstellungen.» Was

die Polizeidirektorin aber vor allem überzeugt hat, ist die «ganz andere Verhandlungskultur» – von der so Hayoz, «Herr Jenni und sein Bündnis noch einiges lernen können». «Wäre Daniele Jenni bereit gewesen, sich in gutem Verhandlungsklima zu bewegen, hätten wir gute Resultate erzielen können.»

Anti-WEF-Bündnis: «Sonderbar»
Jenni, Stadtrat der Grünen Partei Bern (GPB) und Verhandlungsführer des Anti-WEF-Aktionsbündnisses, kontert: Dass der Gemeinderat seinen Kurs ändere, sei wohl zu begrüssen: Eine bewilligte Tanzparade sei «ganz in unserem Sinn» und «ergänzt sehr gut» die von seinen Bündnisproklamierten «dezentralen Aktionen des zivilen Ungehorsams in der Innenstadt», so Jenni – gleichwohl jedoch mude die neue Linie «etwas sonderbar» an.

der Parade» – gleichwohl «stösst es selten auf», dass die Stadt sich da nun konziliant zeige, sagte Aktivist David Böhner auf Anfrage. Denn nicht bloss sei die Demonstration verboten worden, nun wolle Hayoz beziehungsweise die Polizeidirektion für Samstag gar Aktionen wie simple Infostände untersagen; davon seien auch Organisatoren der parlamentarischen Linken betroffen. In der Tat protestierte die linksgrüne Junge Alternative (JA) in einem Communiqué dagegen, dass ihr «die Bewilligung für eine Standaktion verweigert» worden sei. Hayoz weist dies zurück: und wenn tatsächlich eine Standaktion nicht bewilligt worden sein sollte, wofür die Gewebepolizei zuständig sei, «dann wohl höchstens, weil der betreffende Platz schon belegt ist.»

«Man sieht sich – und tschüss!»
Bewilligt ist auch die Tanzparade noch nicht, denn noch ist die exakte Route nicht unter Dach. Zwei Varianten stehen zur Diskussion: eine ab Bärengraben, eine mit Besammlung anderswo. Details wollen auf Nachfrage weder Stephanie Spiess noch Polizei-Infochef Franz Märki verraten, darauf habe man sich geeinigt, um nicht so kurz vor dem Ziel die Verhandlungen noch unnötig zu stören, indem betroffene Quartiere verunsichert würden. Spiess ist zuversichtlich, dass die Verhandlungen heute Donnerstag zum guten Ende kommen. «Und wenn nicht, dann stossen wir eben noch mal nach», sagt sie und lacht. «Man sieht sich – und, tschüss!»

Demo-Abend im Stadtrat

Welch ein Timing – der Zufall will es so: Ausgerechnet zwei Tage vor den Anti-WEF-Protesten in Bern berät das Stadtparlament heute Abend (17 Uhr und 20.30 Uhr im Rathaus) über Vorstösse rund um Demonstrationen, WEF-Polizeieinsätze und Antifa-Aufmärsche. GB, GPB und JA fordern unter dem Titel «Drive off WEF!», dass die Bundessstadt künftig von Polizeihilfe fürs WEF in Davos absehen soll – und wollen ausserdem Auskunft, welche Rolle Stadberner Polizeikräfte beim Polizeikes-

sel in Landquart 2004 spielten. Catherine Weber (gp) fragt an, ob die Aufrüstung der Berner Stadtpolizei mit «teuren Sperrgitterfahrzeugen» mit Deeskalation verträglich sei. Ganz anders die Rechte im Rat: Lydia Riesen und Dieter Beyerler (sd) fordern als «griffige Massnahme gegen Antifa-Terror» ein Verbot des für 14. März angesetzten «Antifaschistischen Abendspaziergangs» – und Ernst Stauffer (ap) will allgemein Gewalt an Demos in Bern nun endlich ein Ende setzen. (tg)